Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Herausgeber: Verein Saiten
Band: 27 (2020)
Heft: 297

Rubrik: Positionen

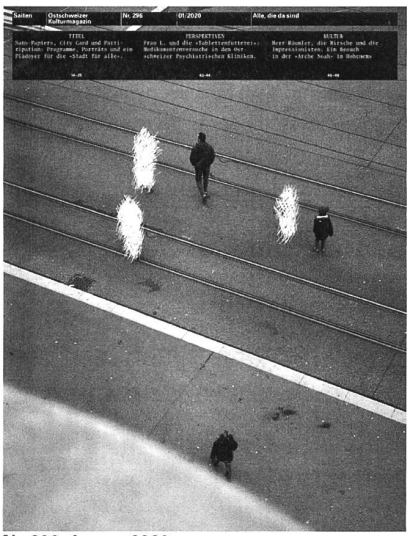
Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



Nr. 296, Januar 2020

Zum Beitrag «Bäumler ist angekommen» im Januarheft

Habe ich jemals ein irritierenderes Museum gesehen? Ich glaube nicht. Die «Arche Noah» ist vorderhand nur auf Anmeldung zugänglich – und das ist wohl gut so. Nicht wegen der Kunstsammlung – über 100 Gemälde von der Spätromantik bis zum Expressionismus. Der springende Punkt ist für mich die Natur-Sammlung. Die präparierten Vögel, die Schmetterlinge und die Mineralien sind ja noch einigermassen okay. Anders ist es mit den einheimischen Wildtieren und den Wildtieren aus aller Welt. Die drei langgezogenen Räume sind eigentlich Trophäenhallen. An den Wänden hängen zahllose Köpfe von Wildtieren, teils präpariert, teils die blossen Knochen und Geweihe. Dazu kommen vollständig präparierte Tiere in Stellungen, die oft schrill und pathetisch wirken: der Löwe im Angriffssprung, der hochaufgerichtete Eisbär – solche Sachen. Und am Boden liegt da und dort ein Tierfell inkl. präpariertem Kopf. Sogar eine Hyäne ist dabei. Und selbst das lässt sich noch toppen. Mit der oberen Hälfte einer Giraffe. Was hat man wohl mit dem unteren Teil gemacht? Die ganze Ausstellung kommt in modernem, leicht sterilem Hochglanz daher und wirkt doch seltsam anachronistisch. Solche Trophäenhallen erwartet man im Landgut eines englischen Grosswildjägers vor 100 oder 150 Jahren, nicht im Hohenems von 2019. Die Bedrohung bzw. Zerstörung dieser Wildnis-Welten erfülle ihn mit Wehmut, sagt Bäumler. Das mag ja sein. Warum stellt er in seinem Museum dann aber einfach diese Trophäen ohne jeglichen Kontext aneinander – wie in einem Schaufenster? Und warum hat ihm niemand abgeraten, diese drei Räume «Arche Noah» zu nennen und andeutungsweise als Schiffsräume zu gestalten? Eine Arche Noah, deren Tierbestand von einigen reichen Mitteleuropäern zusammengeschossen worden ist. Das geht einfach nicht. Das ist schief und falsch. Gehts bei alledem auch um den Kick des Schusses, ums Testosteron? Mit Sicherheit. Darauf deuten nur schon die kitschigen, sexistischen Gemälde, die da und dort an der Wand hängen. Gemälde mit Frauen in ländlich-forstlichem Ambiente: Jägerinnen, Wirtinnen und Mägden. Peter Müller, St.Gallen

Sehr interessant und Daumen hoch für einen hochmotivierten Kunstsammler! Jedoch kann ich dem Begriff Arche Noah für unzählig getötete Tiere nichts abgewinnen!
Andreas Michael Roth

Viel geklickt

Meistgeklickt im Januar wurden die Beiträge aus dem Heft zum Thema Urban Citizenship, zum Beispiel *saiten.ch/alle-die-da-sind/* und *saiten.ch/auf-zur-st-galler-partizipationskultur/*. «Tolle Bildidee!» kommentierte ein Leser auf Facebook die Fotostrecke, und ein anderer meinte: «Ein toller letzter Satz: ‹Wer hier ist, ist hier und hat das Recht, gehört zu werden›. Wir sind zum Glück schon viel weiter als auch schon. Aber die Mühlen mahlen langsam.» Besondere Betroffenheit und auch Hilfeangebote ausgelöst hat der Beitrag über die äthiopische Familie, die sich mit einem negativen Aufenthaltsentscheid in St.Gallen aufhält und deren kleiner Bub trotz seines Handicaps keine Behandlung mehr erhält. Zum Nachlesen: *saiten.ch/binyam-darf-nicht-hoeren-lernen/*

Donald Trump war am WEF – für Saiten nicht unbedingt ein Grund, den sauber «aufkolonnierten» (neues Modewort, unbedingt merken) Fahrzeugtross des US-Präsidenten mit rund 30 gepanzerten Autos auf seiner Rückfahrt auf der St.Galler Stadtautobahn filmisch zu bejubeln. Sondern vielmehr zu fragen, warum dieser überhaupt einreisen durfte. «Internationale Sachverständige vertreten die Meinung, dass der Auftragsmord am iranischen General Soleimani eine Verletzung des Völkerrechtes sei. Ferner stehe Trumps Androhung der Zerstörung kultureller Werte im Iran in eklatantem Widerspruch zur Haager Landkriegsordnung und ihrem Kulturgüterschutz», schreibt Harry Rosenbaum in seinem Beitrag *saiten.ch/trump-soll-draussen-bleiben/*. Trump sei eine Person, «die durch ihr Verhalten eine konkrete und aktuelle Gefährdung für die innere und äussere Sicherheit der Schweiz darstellt.» Rosenbaums Nachfrage beim Fedpol erbrachte allerdings nur eine vage Antwort: «Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes kann fedpol keine Auskünfte über allfällige Einreiseverbote gegen bestimmte Personen abgeben.»

Good news fanden aber auch ihre Klicks. So die Eröffnung des ersten Unverpackt-Ladens in der Stadt St.Gallen, kurz «Ganzohni», welcher abfallfrei Lebensmittel und Haushaltsprodukte anbietet. Gründerin Marion Schiess wurde darin zitiert: «Es macht mich traurig, dass wir Menschen wissen, wie nachhaltiges Leben aussehen müsste, aber dennoch nichts getan wird.» Sie hat also etwas getan, mit Erfolg – wie im Laden dann «live» über ein besseres Konsumverhalten diskutiert wurde, schilderte Andri Bösch im Beitrag *saiten.ch/ganz-ohni-abfall/*.

Sie ärgern sich? Sie freuen sich? Kommentieren Sie unser Magazin und unsere Texte auf saiten.ch oder schreiben Sie uns einen Leserbrief an redaktion@saiten.ch.

Erfolg braucht Bilder

Jetzt anmelden!

HF Fotografie
Dipl. Gestalter/in HF

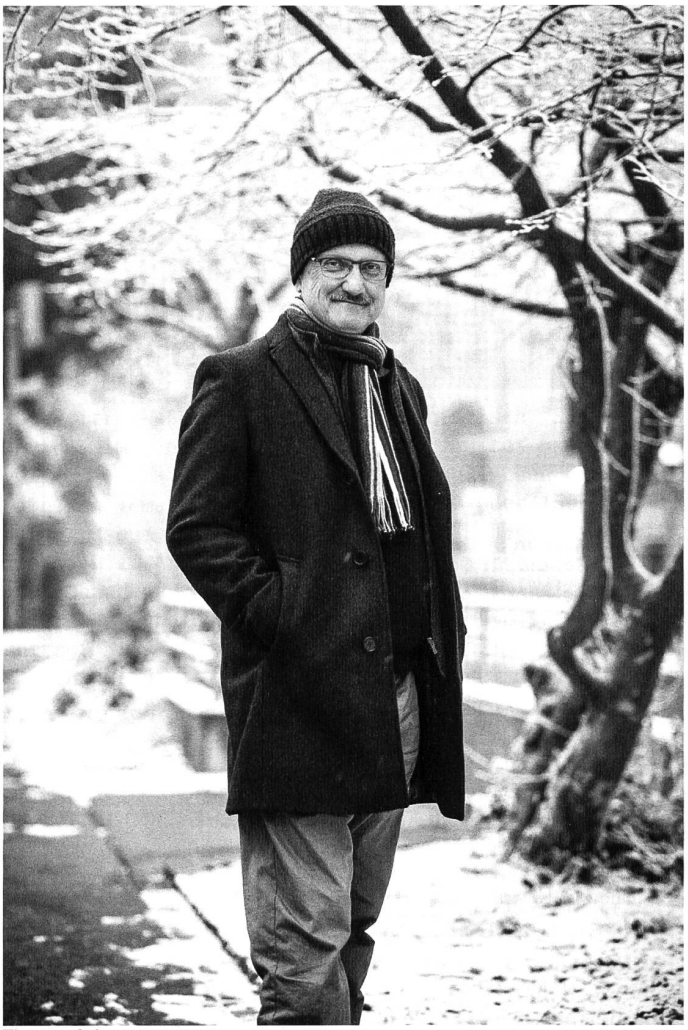
Lehrgangsstart
August 2020

gbs sg.ch

Kanton St.Gallen
Schule für Gestaltung
Gewerbliches Berufs- und
Weiterbildungszentrum St.Gallen

«Wohnungen für die ganze Bevölkerung»

Thomas Schwager, Geschäftsleiter des Mieterinnen- und Mieterverbandes (MV) Ostschweiz zur Situation auf dem Wohnungsmarkt und warum man am 9. Februar der Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» zustimmen muss.
Interview: René Hornung, Bild: Tine Edel



Thomas Schwager

Saiten: In der Ostschweiz haben wir einen sehr bescheidenen Anteil an genossenschaftlichem, respektive gemeinnützigem Wohnungsbau von nicht einmal drei Prozent. Wie kommen wir auf die von der Initiative angestrebten zehn Prozent?

Thomas Schwager: Die zehn Prozent sind ein Durchschnittswert für die ganze Schweiz. Es gibt Städte, die sind schon heute weit darüber, und es ist sicher kein Thema, dass man dort auf die zehn Prozent heruntergeht. Aber es ist auch nicht die Idee, dass zum Beispiel Ausserrhoden mit heute nur 1,5 Prozent genossenschaftlichen Wohnungen jemals die zehn Prozent erreichen wird – das ist ja nicht realistisch. Die Initiative verlangt auch nicht, dass bei jedem einzelnen Bauprojekt diese zehn Prozent eingehalten werden.

Es geht also um eine langfristige Entwicklung?

Heute liegt der Anteil gemeinnütziger Wohnungen über die gesamte Schweiz gerechnet zwischen vier und fünf Prozent. Dieser Wert soll langfristig auf zehn Prozent steigen. Wenn wir nämlich nichts machen, wird der Anteil der Gemeinnützigen und der Genossenschaften immer kleiner ...

... weil heute vor allem Pensionskassen und grosse Immobiliengesellschaften bauen. Warum können diese bei ihren Grossprojekten nicht zehn Prozent den Genossenschaften überlassen?

Weil es keine Möglichkeit gibt, einem Investor vorzuschreiben, was er mit seinen Wohnungen machen soll. Und sein Interesse ist ja klar. Er will Rendite erwirtschaften. Das ist legitim, so läuft es eben. Es braucht neue Möglichkeiten für die Gemeinnützigen, ihre Projekte zu realisieren.

Welche Werkzeuge stellt die Initiative dafür zur Verfügung?

Zum Beispiel Darlehen: günstiger als Bankhypotheken, aber doch zu verzinsen, so dass der Bund daran sogar verdient. Das sind eben keine Subventionen, wie die Gegner immer behaupten, sondern Investitionen. Mit diesem Geld werden Wohnungen für Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen gebaut. Damit erfüllen wir auch endlich den Verfassungsauftrag, der verlangt, dass der ganzen Bevölkerung angemessene Wohnungen zu tragbaren Bedingungen zur Verfügung stehen müssen. Diesen Zustand haben wir bisher nicht erreicht.

In der Ostschweiz sind die Wohnungen billiger, und wir haben einen relativ hohen Leerwohnungsbestand. Will die Initiative Probleme lösen, die es bei uns gar nicht gibt?

Die Probleme gibt es auch hier, wenn auch etwas weniger zugespitzt. Wenn wir von Leerwohnungen reden, müssen wir schon hinschauen, welche Wohnungen denn leer sind. Es sind vor allem jene, die Investoren auf Vorrat bauen, oft grosse Wohnungen mit Luxusausstattung. Die können sich aber nur Menschen leisten, die viel verdienen. In der Praxis machen wir beim Mieterverband häufig die Erfahrung, dass ganze Häuser leergekündigt und dann saniert werden. Begründung ist oft eine energetische Sanierung. Aber wenn man dann schaut, was sonst noch alles gemacht wird, wird rasch klar, dass der Anteil der Energiesanierung eher bescheiden ist. Den Mieterinnen und Mietern werden dann ihre früheren Wohnungen zu 30 oder 50 Prozent höheren Mieten wieder ange-

boten. Das können sich aber sehr viele nicht leisten. Bei den Gemeinnützigen und Genossenschaften wird anders saniert – mit Rücksicht auf die Bewohner.

Die Stadt St.Gallen hat mit dem 12-Millionen-Kredit schon ein Förderinstrument. Der Kredit wird aber nicht ausgeschöpft. Warum nicht?

Weil es kein Land gibt, das die Gemeinnützigen und die Genossenschaften zu fairen Bedingungen erwerben können, um darauf zu bauen. Deshalb will die Initiative den Gemeinden und Kantonen ein Vorkaufsrecht einräumen. Die Gemeinden müssen da aktiv werden und den Genossenschaften das Land überlassen.

Beim Mieterverband rufen viele Mieterinnen und Mieter in Not an. Wo drückt der Schuh?

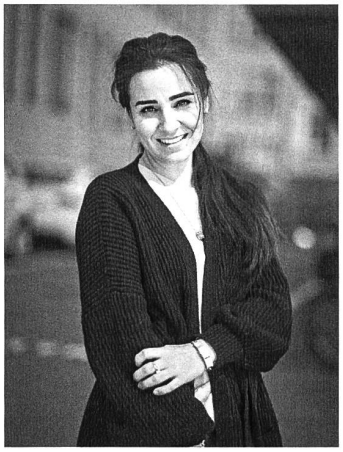
Mehrheitlich sind es mehr Mieterinnen und Mieter in älteren Liegenschaften, die Probleme mit ihren «Räuber»-Verwaltungen haben, wie wir sie nennen. Auf der anderen Seite des Spektrums stehen die Gemeinnützigen und Genossenschaften. Dort gibt es kaum je Klagen. Die gehen anständig mit den Leuten um.

Zum Schluss: Zahlen wir auch in der Ostschweiz generell zu hohe Mieten?

Das Problem ist zwar weniger pointiert als in Zürich, aber im Grundsatz das gleiche. Interessant sind die gesamtschweizerischen Zahlen: Zwischen 2005 und heute sind die Mieten um 17 Prozent gestiegen, die Löhne nur um 5 Prozent. Raiffeisen hat in einer Untersuchung festgestellt, dass die Mieten eigentlich 40 Prozent tiefer sein müssten, wenn man die gesetzlichen Regelungen auch wirklich durchsetzen würde. Und das gilt auch bei uns.

Thomas Schwager, 1964, ist seit Mai 2019 Geschäftsleiter des Mieterinnen- und Mieterverbandes Ostschweiz. Er sass von 2004 bis 2014 als Vertreter der Grünen im St.Galler Stadtparlament und ist seit fünf Jahren Kantonsrat.

Tag der Trauer



«Am 20. Januar 1990 geschah etwas Einzigartiges in der Geschichte der Sowjetunion – Die Welt erfuhr nichts davon.»

Robert Kaplan in: *Reisen an die Grenzen der Menschheit.*

Der 20. Januar ist nicht besonders wichtig für die meisten. Aber für Aserbaidschaner ist er es. Für sie ist er ein Tag der Trauer und gleichzeitig auch der Tag der Einheit des Volkes. Am 20. Januar 1990 gingen viele Menschen auf die Strasse, um für die Unabhängigkeit ihres Landes von der UdSSR zu kämpfen. Sie waren unbewaffnet, aber das hielt die sowjetische Regierung nicht auf, auf die für die Freiheit ihres Landes demonstrierenden Menschen zu schiessen. An diesem Tag roch es in der ganzen Stadt nach Schiesspulver. Keine Seele schlief, von Klein bis Gross, Radio- und Fernsehstationen wurden gesprengt, der Ausnahmezustand wurde verhängt.

Im Auftrag vom Michail Gorbatschow stürmte die Rote Armee von allen Seiten mit Panzern und schwerer Bewaffnung in die Stadt. Diese Aggression der Sowjetischen Armee war in der Tat ihre letzte und bedeutet somit faktisch das Ende der Sowjetunion. Unbewaffnete Bürgerinnen und Bürger standen dem Militär gegenüber, etwa 150 Menschen kamen dabei ums Leben. Sie gerieten unter die einrollenden Panzer oder wurden erschossen. Unter den getöteten Menschen waren Passantinnen, Ärzte, Polizeibeamte. Über 800 Menschen wurden schwer verletzt.

Doch die UdSSR konnte die Freiheitsbewegung in Aserbaidschan mit Gewalt nicht unterdrücken. Direkt nach diesen tragischen Ereignissen gingen Hunderttausende von Menschen auf die Strassen. Am 18. Oktober 1991 erlangte Aserbaidschan seine legitime staatliche Unabhängigkeit.

Ich gedenke all der Menschen, die ihr Leben für die Freiheit und Unabhängigkeit Aserbaidschans hingegeben haben. Sie werden für immer in den Herzen und Gedanken des aserbaidschanischen Volkes bleiben.

Farida Ferecli, 1988, ist in Sumqayıt in Aserbaidschan aufgewachsen und 2015 in die Schweiz gekommen. Sie hat Chemie und Ökologie studiert und lebt mit ihrem Mann und ihrer Tochter in Wittenbach.

ALTE MUSIK ST. GALLEN

2. Februar bis 1. März 2020

Kirche St. Mangen St. Gallen

Sonntag, 2. Februar
Ensemble Gilles Binchois Dominique Vellard
Perotin und die Notre-Dame-Schule – Kathedralmusik aus Paris um 1200

Sonntag, 9. Februar
Feuersinger, Wey, Johannsen, Abadie Collegium Instrumentale der Kathedrale St.Gallen Michael Wersin
Gloria in excelsis Deo – J. S. Bachs Messen g-Moll und G-Dur

Sonntag, 16. Februar
Posaunenquartett OPUS 4 Verena Förster, Orgel
Frühbarocke doppelchörige Wechsel-Spiele: Hassler, Schütz, Gabrieli u.a.

Sonntag, 23. Februar
Dorothee Mields Salagon Quartett Miriam Shalinsky
Stabat mater dolorosa – Luigi Boccherini als Meister der Sakralmusik

Samstag, 29. Februar
Marais-Consort
Incipit lamentatio Jeremiae prophetae – François Couperins «Leçons de ténèbres»

Sonntag, 1. März
Wolfgang Zerer, Orgel
Vom Barock via B-A-C-H in die Romantik – Robert Schumann als Orgelkomponist

Sechsmal Einführung, Konzert & Apéro | Eintritt frei
Kollekte | www.amsg.ch

MUSIK IM CENTRUM · reformierte kirche st.gallen centrum · Ria & Arthur Dietschweiler Stiftung

HIMLEN ÄR KLAR

LIEDER AUS SCHWEDEN, FINNLAND UND ESTLAND
+
INSTRUMENTALDUOS

UMEDUO
KAROLINA ÖHMANN
Cello
ERIKA ÖHMANN
Percussion

TABLATER KONZERTCHOR ST.GALLEN
AMBROS OTT
Leitung

16. FEBRUAR 2020
Sonntag 17 Uhr
AMRISWIL KULTURFORUM

22. FEBRUAR 2020
Samstag 19.30 Uhr
ST.GALLEN OFFENE KIRCHE

23 FEBRUAR 2020
Sonntag 17.15 Uhr
ANDELFINGEN EV. KIRCHE

Infos und Reservierungen
www.tablater.ch

Tablater

Ein Geburtstag voller Höhepunkte!
14.02. – 16.02.2020

IRISH ROCK-PARTY

SAINT CITY ORCHESTRA
& THE LED FARMERS

15.02.2020 | 20.30 UHR

40 Jahre fabriggli kleintheater ganz gross

Buchs (SG) www.fabriggli.ch

Gestalterischer Vorkurs

Erwachsene Propädeutikum, Vollzeit und Teilzeit

Lehrgangsstart
August 2020

Infoanlass
6. Mai 2020, 19 Uhr

Foto: Jana Fust

gbs sg.ch

Kanton St.Gallen
Schule für Gestaltung
Gewerbliches Berufs- und Weiterbildungszentrum St.Gallen

Im Gemischtwarenladen

Da ist ja diese Abstimmung, und zwar darüber, ob öffentlicher Hass gegen uns Homos strafbar werden soll. Die Stimmberechtigten sind zur Urne gerufen, und weil ich bei der Lesbenorganisation arbeite, muss ich natürlich viel darüber reden. Wollte ich auch! Es ist wichtig, dass Leute checken, wie es uns Schwulen, Lesben und Bisexuellen ergeht. Dass wir gesetzlich besser geschützt werden müssen!

Nur: Manchmal habe ich das Gefühl, die Öffentlichkeit will nicht hören, was wir wollen. Manchmal habe ich den Eindruck, sie will nur hören, wie dreckslausig es uns geht. Wenn wir an der Pride auf unsere Forderungen aufmerksam machen, jedes Jahr in mehreren Schweizer Städten, und dabei auch einfach mal stolz sind, dass wir existieren (und, statistisch gesehen, überlebt haben), dann findet man das grusig. Wäh, Freaks in Leder; wäh, knutschende Buebemeitli; wäh, Leute mit wenig an. Glückliche Homos sind eklig, weg damit, bitte nicht vor meinen Kindern.

Aber hey! Wenn wir davon erzählen, wie uns Zeugs angeschmissen und ins Gesicht gespuckt und in die Fresse geschlagen wird, bring it on! Action! Unterhaltung! Abenteuer! Ich kann schon gar nicht mehr zählen, wie oft Medien bei uns anrufen und fragen, ob jemand von Gewalterfahrungen erzählen will. Wie in so einem Gemischtwarenladen: Grüeziwohl, was hätten Sie gerne? – Ähmmm, heute bitte ein Schwulenpaar, das verprügelt wurde. – Sehr gern, kurzer Moment... voilà. Sonst noch was? – Ja vielleicht noch Lesben, die um drei Uhr morgens durch die Langstrasse Zürichs laufen und wir filmen das Ganze mit versteckter Kamera? – Prima. Muss ich kurz im Lager nachschauen, aber ich glaub, wir haben noch was in Grösse M.

Einige Heteros scheinen uns nicht zu glauben, wenn wir seit mehreren Jahrzehnten sagen, dass wir auf der Strasse nicht so sicher sind, wie man sich das in der modernen Schweiz gern ausmalt. Dann müssen versteckte Kameras her, quasi für Beweismaterial, wie schlimm es wirklich ist. Das ist, als würde man für ein Video einen Koala anzünden, um zu beweisen, dass Australien brennt. Alter, wenn du uns einfach glauben würdest, müssten wir nicht die ganze Zeit in die Kamera chlönen!

Ich werde das Gefühl nicht los, dass es dabei nicht um Infos zu einem Politikum geht, sondern um Voyeurismus. Wenn du als stimmberechtigte Person Videos übers Schwulen-Verprügeln guckst, aber bei Homo-Themen nicht abstimmen gehst, dann bist du nicht pro Homo. Sondern siehst uns einfach gerne leiden.

Ich habe diese Regel bei der Medienarbeit: Keis Gwitter ohni Rägeboge. Das heisst: Klar, ihr könnt gerne Geschichten haben darüber, wie wir diskriminiert werden. Aber ihr dürft nicht darüber berichten, ohne unsere riesige Community zu erwähnen. Dass es in jeder Stadt (übrigens auch in St.Gallen, just sayin') queere Vereine gibt, dass Hotlines und Anlaufstellen existieren, die einen in Notlagen unterstützen. Und dass unser Problem gar nicht ist, dass wir Homos sind. Sondern dass andere das nicht handhaben können.

Wenn ihr mich jetzt entschuldigt. Ich muss noch was besorgen im Gemischtwarenladen.

Anna Rosenwasser, 1990 geboren und in Schaffhausen aufgewachsen, wohnt in Zürich. Sie arbeitet als Geschäftsführerin für die Lesbenorganisation Schweiz (LOS) und als freischaffende Journalistin.

Organspenden

Ich habe schon eine Ewigkeit nichts mehr von den Miss Schweiz-Wahlen gehört und es heisst ja: Man vermisst es erst, wenn man es nicht mehr hat.

Und das ist bei der Miss Schweiz Wahl eben ... nicht so. Ich frage mich viel mehr: Warum gab es das so lange? Denn brauchen wir überhaupt eine physische Manifestation unserer Nation? Und falls ja, müsste die Miss Schweiz nicht auch äusserlich der Schweiz gleichen? Also klein, bergig und in die Breite gezogen.

Solche Wahlen sind auch gefährlich. Denn selbst wenn du zur Miss Schweiz gekürt wirst, ein Jahr später wirst du dein Leben lang nur noch als Ex-Miss Schweiz angekündigt. Man wird dich für immer daran erinnern, dass du mal hübsch warst.

«Begrüsst nun auf der Bühne: Die Ex-Miss Schweiz von 1990!» Und alle denken: «Echt? Eine Ex-Miss Schweiz? Das sieht man ihr gar nicht an.» Wer will schon darüber definiert werden, was man nicht mehr ist?

Zum Beispiel bei mir: «Begrüsst nun auf der Bühne die Ex-Jungfrau, Jan Rutishauser!» Und alle denken: «Echt? Eine Ex-Jungfrau? Das sieht man ihm gar nicht an.»

Jetzt denkt ihr vielleicht: «Dä isch doch nume iifersüchtig.» Das stimmt nicht. Wer bei Schönheitswettbewerben mitmachen will, soll mitmachen. Das Dissen der Missen ist nicht meine Mission. Aber ich sträube mich gegen das Konzept, jemanden nur auf Grund der äusseren Erscheinung zu einer «Miss Schweiz» zu küren.

Sollten wir nicht mehr verlangen? Zum Beispiel, dass alle Kandidatinnen live im Fernsehen sowas wie einen Einbürgerungstest bestehen müssen. «Rezitieren sie den Rütli-Schwur! Auf Rätoromanisch. Alle fünf Dialekte.»

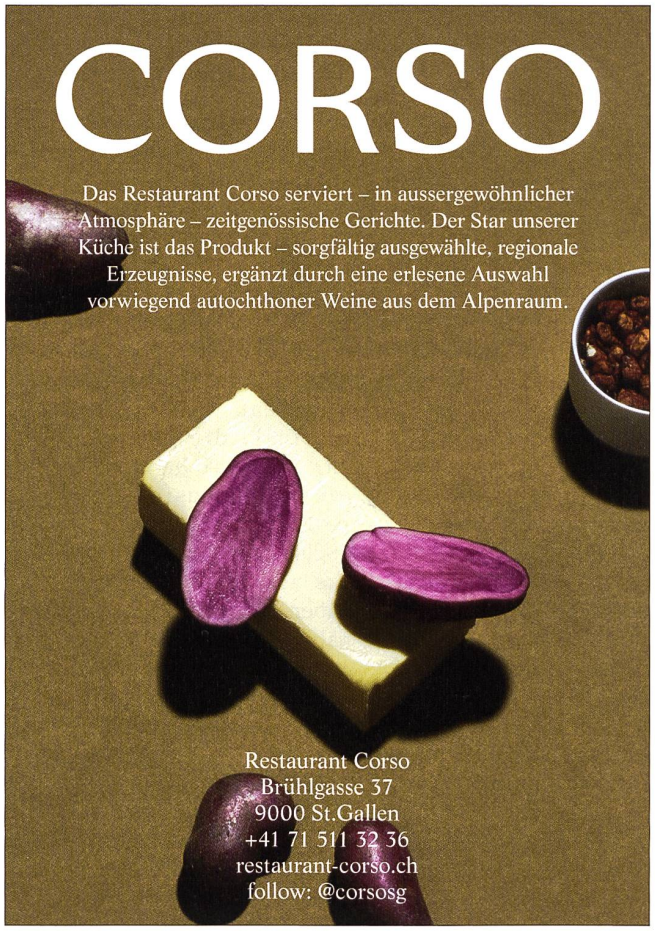
Und anstatt sinnloses Schaulaufen auf dem Catwalk sollen sie auf der Strasse Organspendeausweise verteilen. Stellt euch mal vor: Elf Miss Schweiz-Anwärterinnen, die im Bikini auf Männer zugehen und ihnen zuflüstern: «Ich will din Körper... also teilwiis.» Und zack hätten alle Männer im Land Organspendeausweise.

Und so ein Organspendeausweis ist ja eigentlich genau wie die Miss Schweiz-Wahlen, nur viel besser. Denn alle können mitmachen, es zählen wirklich nur die inneren Werte, und mit einem Organspendeausweis habe auch ich die Chance, irgendwann mal in einer Miss Schweiz zu stecken.

PS: Technisch gesehen war diese Pointe nicht unter der Gürtellinie.

Jan Rutishauser, 1987, ist Kabarettist, Kolumnist und Coach für Rechtschreibung und Comedy Writing.

WIE SOLL
DAS GEHEN
Infoanlass
HF Bildende Kunst
19.–21. März 2020
Bar, art & talk
ab 19 Uhr im Lattich
Modul 3.11
gbssg.ch
Kanton St.Gallen
Schule für Gestaltung
Gewerbliches Berufs- und
Weiterbildungszentrum St.Gallen


CORSO
Das Restaurant Corso serviert – in aussergewöhnlicher Atmosphäre – zeitgenössische Gerichte. Der Star unserer Küche ist das Produkt – sorgfältig ausgewählte, regionale Erzeugnisse, ergänzt durch eine erlesene Auswahl vorwiegend autochthoner Weine aus dem Alpenraum.
Restaurant Corso
Brühlgasse 37
9000 St.Gallen
+41 71 511 32 36
restaurant-corso.ch
follow: @corsosg

kla
ng
fe
es
ti
val
Klangfestival
Toggenburg
2020
20. Mai – 1. Juni 2020
Alt St. Johann
alpine urbane
Sphären
KLANGWELT
TOGGENBURG

na
tur
ton
ob
er
ton
1. Naturton
und Oberton
Symposium
2020
19. – 23. Mai 2020 Alt St. Johann
KLANGWELT
TOGGENBURG

Schleppender Kulturwandel und ein neues Gesetz

Der angestrebte «Kulturwandel» an der HSG harzt. Der Fall Patrick Stach hat es gezeigt. Das ist jener Unirat, Posterboy-Anwalt und SVP-Mitglied, der wegen überrissener Honorarforderungen bundesgerichtlich zu einer Busse von 10'000 Franken verurteilt worden ist. Einige Feld-, Wald- und Wiesenkommentatoren fügen jetzt an, ein Gremium wie der Unirat, der nur aus Saubermännern bestehe, böte wenig neue Ansätze. Lieber den einen oder anderen «Querdenker», der sich mal «den Kopf gestossen» hat, statt eine «lammfromme Runde». Stachs Anwalt war der Ansicht, es sei keine Voraussetzung für eine Mitgliedschaft im Unirat, «im Ruf der Heiligkeit zu stehen». Genau genommen stimmt das: Leute, die ihre Kontostände auf wundersame Weise erhöhen, schaffen es eher nicht in die vorderen päpstlichen Ränge zur Heiligsprechung. Solche Leute wirft man aus dem Tempel. Folgerichtig forderten einige Kantonspolitiker Stachs Rücktritt aus dem Unirat. Dieser gehorchte dann auch – aber erst nach einigen Tagen Bedenkzeit und unter Katzenjammer.

Der Unirat ist das oberste Gremium der HSG und wird vom Kantonsrat nach Parteiproporz bestellt. Nach Stachs Abgang sitzen noch darin: Bildungsdirektor Stefan Kölliker, Karl Güntzel (ebenfalls kurz vor dem Absprung) und Silvia Bietenharder (SVP); alt Bundesrätin Ruth Metzler, Yvonne Suter und Pepe Sonderegger (CVP); Stadtpräsident Thomas Scheitlin und Stefan Kuhn (FDP); alt Nationalrätin Hildegard Fässler und Kurt Hollenstein (SP). Illuster genug ist die Runde ja bereits – ausserdem dominiert von der SVP, die bereits nach einem Nachfolger für Stach sucht.

Das neue Unigesetz, das zurzeit auf dem Rosenberg ausgearbeitet wird, sieht vor, den Unirat als Fachgremium zu etablieren und zu entpolitisieren. Das ist angesichts des Falls Stach nachvollziehbar. Der heutige Unirat bringt es mit sich, dass umstrittene Figuren einsitzen, die es in einem technokratischen Gremium eher nicht gäbe. Andererseits haben die Spesen- und Nebenamtsskandale gezeigt: Die politische Kontrolle über die Uni ist unabdingbar und darf nicht geschwächt werden. Die bisherige Laxheit in der Aufsichtspraxis – insbesondere auch jene der Regierung – muss rasch beendet werden.

Um Aufsicht geht es auch im zweiten umstrittenen Punkt des Unigesetzes: Wie stark soll das Rektorat die eigenständig agierenden Institute kontrollieren? Gegen eine verstärkte buchhalterische Aufsicht kann niemand ernsthaft etwas einwenden. Schwieriger wird es, wenn die wissenschaftliche Freiheit angekratzt würde, etwa wenn das Rektorat über finanzielle Steuerinstrumente beginnt, den Instituten vorzuschreiben, wen sie anstellen sollen und wer worüber forschen darf.

Ein Machtpoker ist auch die Diskussion über eine Neustrukturierung des Senats, des akademischen Leitungsorgans der HSG. Aktuell handelt es sich um einen Vollsenat, in dem sämtliche Professoren einsitzen. Manche finden, das Rektorat übe hier zu viel Macht aus. Sie fordern, dass ein neues Senatspräsidium den Rektor als Vorsitzenden des Senats sowie des vorberatenden Ausschusses ablösen soll. Andere fordern zudem die Stärkung des Mittelbaus und der Studierenden. Eine Maximalforderung wäre die Erhöhung und Festsetzung ihrer Sitze auf zwei Drittel. Für diese tripartite Variante müsste man sich wohl vom Modell des Vollsenats verabschieden, damit das rund 130-köpfige Gremium nicht weiter aufgebläht und damit noch handlungsunfähiger würde, als es ohnehin schon ist.

An politische Arbeitsbeschaffung grenzt allerdings eine Forderung der Sozialdemokraten, wonach finanzielle Überschüsse der Institute nicht nur der Forschung, sondern «vor allem der Lehre, dem Kerngeschäft der Uni», zugutekommen sollen. Will die SP tatsächlich, dass die HSG noch mehr solche Managerinnen und Juristen ausbildet, die sie dann später wieder für ihr marktlogisch-asoziales Gebaren kritisieren muss, anstatt die wissenschaftliche Arbeit an der Hochschule zu fördern? Was soll denn nun das Kerngeschäft der HSG sein?

Ein eigenes Präsidium für den Senat und die Stärkung des Mittelbaus und der Studierenden sind sicher begrüssenswert. Solche Reformen hängen aber letztlich davon ab, inwieweit das Rektorat und die Dozierenden bereit sind, einen Teil ihrer Macht abzugeben. Auch bessere Anstellungsverhältnisse für Doktorierende, die an gewissen Instituten tatsächlich prekär sind, würden der HSG mehr als gut anstehen. Das letzte Wort über das neue Unigesetz hat aber – glücklicherweise – nicht die Uni, sondern die Politik. (Roman Hertler)